

wurde er durch anhaltendes Pfeifen zurückgebracht. Und wenn er vollends erfährt, daß der Polizeiführer Wahlrechtsdemonstrationen den Schädel gespalten hat, wird er es sich vielleicht auch noch einmal überlegen, ob er der neuen Volkserziehung seine Zustimmung geben soll. Jetzt ist es noch Zeit!

Indes, wie die Dinge sich auch im Lande entwickeln mögen, zum hundertsten und tausendsten Male sei der Schwur erneuert: es wird nicht eher Ruhe im Lande werden, bis auch den arbeitenden Völkern die politische Gleichberechtigung zuerkannt und das allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Wahrheit geworden ist!

Wieder ein blutiger Wahlrechtstontag in Dresden.

Dresden, 17. Januar.

Die heute mittag von der sozialdemokratischen Partei Dresden's abgehaltenen Wahlrechtstontage, denen imposante Demonstrationen auf der Straße folgten, nahmen einen überaus eindrucksvollen Verlauf. Wiederum aber, wie 1905, ist infolge des rücksichtslosen Eingreifens der Gendarmen Blut geflossen. Lassen wir den Gang der Ereignisse sprechen.

Die Versammlungen waren vormittags um 11 Uhr nach vier großen Sälen der inneren Stadt berufen. Schon lange vor dieser Zeit strömten die Massen aus allen Teilen der Stadt und der Vororte den Versammlungsräumen zu, die lange vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurden. Die Massen suchten, soweit möglich, Unterkunft in den unteren und in der Umgebung gelegenen Restaurationen, teilweise strebten sie von einem zum anderen Versammlungsorte, in der Annahme, dort noch Unterkunft zu finden. So wogten die Menschen hin und her. Seit vormittag 9 Uhr sah man alle Straßenbahnen von den Außenbezirken nach dem Stadlern mit Gendarmen gefüllt, die offenbar zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ kommandiert waren.

Die Versammlungen verliefen ohne jede Störung. Die Stimmung war tief erregt; der Unwille über die Wahlrechtsschnack kam oft impulsiv zum Ausdruck. Die Referate wurden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen, Debatte gab es nicht. Zum Schluß stimmten die Versammlungen lebhaft in ein Hoch auf das freie Wahlrecht ein. Unter den Gesängen sozialistischer Lieder leert sich in größter Ordnung die Säle.

Doch nun wurde es auf der Straße lebendig. Die Massen strömten einem Ziele, dem Altmarkt, zu; die nicht in die Säle gelassen hatten, schlossen sich an. Stürmische Hochs auf das freie Wahlrecht und Protestlieder erklangen. Alles ging in friedlicher Weise vor sich.

Das königliche Schloß, das in unmittelbarer Nähe des Altmarktes liegt, war mit Gendarmen ringum wie besetzt. Es bestand keine Absicht bei den Demonstrationen, das Schloß irgendwie zu belästigen. Aber dieses ungeheure Aufgebot von Polizei lenkte die Aufmerksamkeit, besonders auch die der Neugierigen, ganz unwillkürlich auf sich. Was ist hier los? hörte man fragen, und von der Neugierde geplagt, drängten sie nach dem Anziehungspunkt. Bald folgten ihnen Massen nach. Und so kam es, daß der Teil der Schlossstraße von Ecke Wilbrandtstraße und Altmarkt bis zur Großen Bräutigasse von einer Seite bis zur andern mit Menschen wie eingeleitet voll war. An der Bräutigasse verhinderte eine dreifache Gendarmenlinie jeden Durchlaß. Später wurde wenigstens dort der Abgang nach links und rechts der Bräutigasse freigegeben. Hätte man die Menschen ruhig weiter durch das Georgentor nach der Elbe passieren lassen, dann wäre keinerlei Störung vorgekommen. Die Gendarmen aber hatten strikten Befehl. Nun denke man sich: die Massen können weder zurück noch vorwärts, denn das andre Ende dieses Menschenwalls reichte hinein bis in den Altmarkt. Rängere Zeit war jeder Wagen- und Straßenbahnverkehr völlig unterbrochen. Da auf einmal machen empörte Rufe und Schreie die Luft erzittern. Die Gendarmen haben Befehl zum Einhanden erhalten, da die Menschen nicht zurückweichen, weil das eben unmöglich war. Ein kurzes fürchterliches Handgemenge, mit Not und Mühe werden die Menschen zum Zurückweichen gebracht. Zahlreiche Personen kränzen, Hüte werden verloren, die Gendarmenstäbe blitzen — alles das der Vorgang eines Augenblicks.

Einige Personen sollen schrecklich zugerichtet sein. In mehreren Hausfronten walteten Arbeiterkamarillen ihres edlen Berufs; hier zeigen starke Aufstürzen das Werk der Gendarmen. Unter den Verletzten befand sich ein etwa zehn-jähriger Junge, den die Neugierde mit in den Trübel getrieben hatte. Einem Samariter wurde ein Stuhl fänger in dem Moment mit einem Säbel abgehauen, als er einem von der Plempere Verletzten Beistand leisten wollte; einer Dame wurde der Kopf durch den Polizeiführer demoliert, eine andre Frau soll ebenfalls verletzt sein.

Wieviel Verwundete diese Polizeiatante gebracht hat, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Man kann sich denken, daß der Vorfall eine fürchterliche Empörung hervorrief. Die Regierung hatte den höchsten Grad erreicht. Auch die Zivilpolizisten der politischen Abteilung sollen mit ihren Gummischlägen hineingehauen haben. Ein Trupp von ihnen mit dem bekannten Polizeijunktor vorn wurde von der Masse umringt, als ein bekannter Genosse noch rechtzeitig hinzusprang und der Szene

gerufen hatte. In einer plötzlichen Verstimmung über diesen Eindruck, begann er höhnlisch:

„Solch ein Geschöpf übt eine teuflische Wirkung aus.“

Wang schwieg. Aber bald sprach Klausen weiter. Das Gesicht war ernst geworden.

„Die Sinnlichkeit ist doch auch etwas fürchterlich Sächliches.“

Wang sah ihn an. Klausens Stimme klang jetzt bissig.

„Alle die Heuchelei, die sie in die Welt setzt! Alle die Niederträchtigkeiten! Und alle die Verbrechen, die sie mit sich führt.“

Er schwieg eine Weile. Und Wang erbebte innerlich in voller Anspannung.

„Sage mir, Henrik, hältst du mich für fähig, jemand ein Unrecht zuzufügen, oder überhaupt eine wirkliche Nichtswürdigkeit zu begehen?“

„Nein! Ich glaube, alles Niedere widersteht deiner Natur.“

„Ich glaube einmal selbst, ich könnte nichts Unwürdiges begehen. Aber das Leben hat sich den Teufel an meinen guten Glauben geklebt. — Sollen wir einen Spaziergang machen?“

„Ja, gern.“

Klausen bezahlte und ging Arm in Arm mit Wang fort. Sie flanierten über den Boulevard, gerieten in kleine Gassen, die ruhig waren. Sie gingen ziellos, und sie entfernten sich von den Menschen fast unbeflüsselt.

„Ich habe Niederträchtigkeiten und schäbige Handlungen auf meinem Gewissen. Und stets trug irgendein Weib die Schuld daran, und meine erstliche Sinnlichkeit stiftete alles an!“

(Fortsetzung folgt)

ein Ende machte. Ihre führenden Genossen hatten viel Arbeit; sie versuchten die Empörten zu beruhigen, und auch die Polizei verhielt sich nach dieser Säbelrei so passiv, daß man fast meinen konnte, die Neue über das eben vollbrachte blutige Werk sei über die Befehlsgeber der Gendarmen gekommen.

Nach etwa eine Stunde wogten die Menschen an der Stelle dieser Szene; die Empörung wollte nicht zur Ruhe kommen. Schließlich war die Polizei — zu spät freilich — so veranlaßt, den bekannten Genossen die Befreiung der Massen zu überlassen: zerrißene und zertrümmerte Hüte sah man herumliegen, einen ganzen Haufen dieser Verleumdungsstücke trug ein Mann fort — zerknüllt, beschmutzt, zerfetzt. Zahlreiche Personen sah man an, daß sie im Straßenschmutz gelegen hatten.

Der Stadtverordnete Genosse Kühn, der auf dem Altmarkt vom Ausschüsse einer Droßke aus ein paar beruhigende Worte sprach und ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausbrachte, wurde von zwei Gendarmen, an beiden Händen gefaßt, nach der nächsten Polizeiwache gebracht, obwohl er sich sofort in einwandfreier Weise legitimierte. Auch sonst sollen noch Verhaftungen vorgekommen sein. Kühn wurde nach Aufnahme eines Protokolls wieder entlassen.

Ein Teil der Demonstranten war nach dem Ministerhotel gegangen, in dessen Nähe, auf der Ringstraße, sich große Massen ansammelten, so daß auch hier die Polizei durch Sperremaßnahmen den nötigen Ministerschutz verfügte. Lebhaft ging es auch auf dem Postplatz zu, wo der Weg nach dem Schloß mit zeitenden Gendarmen versperrt war. Der Zufall wollte es, daß um die Zeit dieser Vorgänge die Versammlung der Honorationen im Gewerbehaus zu Ende war, in der Derenburg über Deutsch-Afrika gesprochen hatte, und der auch der König beiwohnte. Trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen hatte sich doch eine große Anzahl Demonstranten nach dieser Richtung gedrängt. Als der König davonfuhr, ertönten laute Hochs auf das freie Wahlrecht. Und als der König militärisch dankte — er mochte nur das Hoch verstanden haben — wurde zum Entsetzen der Honorationen und der Polizei stark gepfiffen.

Wenn die Herrschenden glauben, mit der brutalen Polizeigewalt unbedeutende Volksstimmungen besitzigen zu können, so täuschen sie sich. Stark betonen wollen wir noch einmal, daß die Anordnungen der Polizei allein die Schuld tragen, wenn es in Dresden wiederum zu einem blutigen Wahlrechtstontag gekommen ist.

Telephonisch wird uns noch gemeldet:

Etwa 20 Personen haben bei den Demonstrationen Verletzungen davongetragen. Bis spät in die Nacht fanden immer wieder Versammlungen auf dem Altmarkt, wo die Menge ihrer Empörung über die Verletzungen Luft machte. Statt der am Arm verwundete Arbeiterkamarillen dürfte allem Anschein nach eine steife Hand behalten.

Reichstag.

186. Sitzung. Sonnabend, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Bethmann-Hollweg.

Vorlesung der Debatte über den Entwurf betreffend Arbeitskammern.

Abg. Hüffel (Reichsp.): Wir halten den Entwurf für eine gezielte Grundlage. Allerdings sollte er die Handwerksgehilfen von den Arbeitskammern ausschließen. Daß die Handwerksgehilfen, die ja ganz andere Interessen als die Arbeiter haben, bereits in der Vorlage ausgeschlossen sind, billigen wir. Die Einwände der Unternehmerverbände sind zum Teil beachtenswert, aber wir wollen dennoch an der Ueberbrückung der Gegensätze mitarbeiten. Auch die Sozialdemokraten sollen sich dieser Arbeit anschließen und das Gute anerkennen.

Abg. Behrens (W. G.): Die Einmütigkeit des Hauses ist auch draußen im Lande zu finden. Daran ändern weder der Widerspruch der Unternehmer etwas, noch der Schwandmangel, den Herr Legien gestern bei den Arbeitskammern gemeldet hat. Die Sozialdemokratie vertritt doch nur einen Teil der deutschen Arbeiterschaft und ist zum Schluß nicht ausschlaggebend. Im Westen sind die christlichen Arbeiterverbände gleich stark, und diese haben ihren Standpunkt nicht gewechselt, sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt paritätischer Kammern. Arbeiterkammern würden gerade den Unternehmern willkommen sein, um die Bedeutung der Gewerkschaften herabzubringen. Solche Kammern dienen also nicht, wie Legien meint, dem Interesse der Arbeiter. Es ist von hoher Wichtigkeit, eine Institution zu schaffen, bei der Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsam am runden Tisch zusammen arbeiten. Auch die kirchlichen Arbeiter sind für paritätische Arbeitskammern, die zugleich als Unternehmern und Arbeiter wirken werden. Das Gehalt der Abfertigung, von der Herr Legien sprach, besteht. Das spricht aber nicht gegen die Arbeitskammern, sondern nur gegen die Definitivität der Verhandlungen. Warum die staatlichen Eisenbahnarbeiter und die der Heeres- und Marineverwaltung ausgeschlossen sind, ist nicht einzusehen. Auch müssen Arbeitersekretäre wählbar sein. (Bravo! h. d. W. G.)

Abg. Aulerich (Volk): Wir begrüßen die Vorlage mit gemischten Gefühlen. Wir verlangen Arbeiterkammern. Es ist nicht einzusehen, warum man den Arbeitern nicht das Gleiche gewährt, wie dem Handwerk, dem Handel, der Landwirtschaft. Das Wort vom sozialen Frieden klingt sehr schön. Es bleibt aber nicht als ein schönes Wort, solange der Arbeiter das Objekt gewisserloser Ausbeutung ist. (Zustimmung bei den Soz.) Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, um zu erkennen, daß die Arbeiterkammer die ihr zukommende Macht noch nicht hat, und um zu wünschen, daß sie sie bekommt. Ich verstehe nicht, wie Herr Behrens, ein Arbeitersekretär, sagen kann, der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und christlichen Arbeitern bestehe darin, daß die christlichen nicht wünschen, daß der Arbeiterkammer die ihr zukommende Macht eingeräumt wird. (Sehr wahr! bei dem Soz.) Freilich, Herr Behrens hat ja auch für den famosen Sprachenparagrafen gestimmt.

Geben Sie den Arbeitern, was Sie den andern Ständen gegeben haben! Schaffen Sie Arbeiterkammern! (Bravo! bei den Polen und Soz.)

Abg. Dr. Voithoff (Freis. W. G.): Ich freue mich über den Beifall, den der Herr Staatssekretär den Gewerkschaften gezollt hat und erwarte nun, daß er auch auf die Befreiung der Schikanen und Gemisnisse hinwirken wird, die den Gewerkschaften immer wieder in den Weg gelegt werden. (Sehr wohl bei den Soz.) Meine Arbeiterkammern sind heute nicht möglich. Auch genügen die Gewerkschaften für die Zwecke solcher Kammern. Redner kritisiert Einzelheiten des Entwurfs, verlangt die Herabsetzung der Wählbarkeit auf das 25. Lebensjahr sowie Einbeziehung auch der Angestellten der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Berufs. Gerade die Rechtsanwälte haben sich in unbegründeter Rücksichtlosigkeit ihren Angestellten gegenüber auf den Herrenstandpunkt gestellt. Unbegreiflich ist die Herausnahme des Handlungsgewerbes, der darin beschäftigten Gehilfen und Arbeiter. Es handelt sich hierbei um 480 000 Personen. Wir werden in der Kommission an dem Entwurf weiterarbeiten und hoffen von ihm Förderung des sozialen Friedens. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Giesberts (Zentr.) ist durch den Gesetzentwurf und mehr noch durch die freundliche Aufnahme, die er im Gegenfalle zu brauchen, im Hause gefunden habe, angenehm enttäuscht. Allzu überschwengliche Hoffnungen dürfe man allerdings auf die Arbeitskammern nicht setzen. Auf die gemilderte Stellung des Staates zu der Gewerkschaftsbewegung hinweisend, meint Redner, die wirtschaftlichen Kämpfe hätten längst an Schärfe verloren, wenn man paritätische Kammern früher bewilligt hätte. Fanatischer als die Sozialdemokraten betreiben gewisse Großindustrielle den Klassenkampf. Auf der einen Seite müssen wir die Schmarinacher des Zentralverbandes energisch zurückweisen, andererseits bebauern, daß Herr Legien, der Führer der freien Gewerkschaften, sich hier als

unbedingter Gegner des Gegenwartsstaates und Anhänger des Sozialistischen Zukunftsstaates hinstellt. (Sehr richtig! im Zentr. u. bei den Freis.) Meine Arbeiterkammern sind nicht prinzipiell zu verwerfen, aber paritätische Arbeitskammern verdienen den Vorzug. Die große Minorität auf dem Wiener Gewerkschaftskongress zusammen mit den auf den christlich-nationalen Arbeiterkongress vertretenen Arbeitern ergibt über eine Million Stimmen für Arbeitskammern gegen 700 000 Stimmen für Arbeiterkammern. (Sehr lautes Hört, hört! im Zentrum.) Hoffentlich kommt es zur Einbeziehung der Krone- und Eisenbahnarbeiter. In Bezug auf Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten ist dem Kollegen Legien zuzustimmen. Wir hoffen auf Annahme des in der Kommission verbesserten Entwurfs mit großer Mehrheit, vielleicht sogar mit Einschluß der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Sebering (Soz.): Wenn Herr Giesberts anbeuten wollte, daß die Bemerkung meines Kollegen Legien, ein Ausgleich der Interessen sei in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung unmöglich, ein Abhängigkeitsverhältnis der Gewerkschaftsbeamten zur sozialdemokratischen Partei bedeutet, so muß ich eine derartige Unterstellung nachdrücklich zurückweisen. Wenn wir die Unmöglichkeit dieses Ausgleichs betonen, so stellen wir uns in keinen Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Grundfragen. Selbst bei aller Anerkennung des großen Wertes der Tarifverträge haben wir stets betont, daß sie bestenfalls einen Waffenstillstand bedeuten. Ich bebauere, daß Herr Giesberts diese ernste Beratung zu kleinlichen, parteipolemischen Erörterungen benütze. Der Herr Staatssekretär hat beantragt, daß keine Vertreter der Großindustrie im Reichstag sind. Wir haben aber eine ganze Anzahl, und wenn ich an das Wort des Herrn v. Büttcher denke: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ so wäre ja auch der ganze Bundesrat eine Vertretung der Großindustrie. (Sehr wohl bei den Soz.) Ich bin kein prinzipieller Gegner der Arbeitskammern und habe in Köln dafür gestimmt. Wir machen unsere Entscheidung lediglich davon abhängig, was das Gesetz abt. Ist die Tätigkeit der Kammern in der Hauptsache eine tatsächliche, so sind wir für Arbeiterkammern. Soll die Tätigkeit aber eine verwaltungsmäßig sein und den Kammern Exekutivgewalt gegeben werden, so treten wir für Arbeiterkammern ein, weil dann für den gewerblichen Frieden in der Tat etwas erreicht werden kann. Der vorliegende Entwurf weist aber nichts auf, was uns für solche Arbeitskammern erwärmen könnte. Der notwendige Unterbau der Arbeitskammern fehlt, ohne den die Befreiung der Arbeitskammern schwierig ist. Daß die Gewerkschaften die Aufgaben der Arbeiterkammern erfüllen könnten, wie der Staatssekretär meinte, wäre richtig, wenn die Arbeiterorganisationen von der Regierung und den Unternehmern anerkannt wären. Der Herr Staatssekretär hat allerdings einmal eine Arbeiterdeputation empfangen, weil der Abgeordnete Behrens darunter war. Wir haben keine Veranlassung, uns so anzubiederern. Die Regierung möge mit der Anerkennung der Gewerkschaften vorangehen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von der Angelegenheit immer weiter um sich greifenden Differenzierung der Arbeiter ist mir bei sorgfältigster Beobachtung nichts bekannt geworden. Es tritt im Gegenteil durch die größere Arbeitsteilung eine immer größere Angleichung hervor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Über diese angebliche Differenzierung würde noch nicht die sachliche Gliederung begründen. Die territoriale Gliederung brauchte sich doch nicht einzig auf den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufzubauen, vielmehr einzig und allein auf das Bestreben der Arbeitervertreter, die Interessen der Arbeiter zu fördern. Das vom Staatssekretär betonte Zusammengehörigkeitsgefühl und Sachverhältnis wird am besten in territorialer gegliederter Kammern erreicht.

Wenn die Regierung den gewerblichen Frieden fördern will, warum hat sie dann niemals einen Gesetzentwurf zur Förderung der Tarifverträge eingebracht? Die Tarifverwaltung hat noch nie der Forderung nachgegeben, die hier mehrmals laut wurde, die Regierung nur an tariflose Firmen zu vergeben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Herrn Behrens betone ich, daß wir nichts dagegen haben, daß Arbeiter und Unternehmer zusammenkommen. Die Ansicht aber, daß die Kammern, wie sie hier geplant werden, im Sinne des gewerblichen Friedens geschaffen werden, ist falsch. Die holländischen Arbeitskammern, an welche der Entwurf sich anlehnt, haben vollständig verlagert, weil ihre Befugnisse nur eine tatsächliche ist. Die Regierung meint wohl ganz einfach, es wird ein vorübergehender bestimmt, und dieser hat den gewerblichen Frieden herzustellen.

Ueber die Einzelheiten werden wir uns in der Kommission unterhalten. Wir können nicht für besondere Kammern für Handlungsgelöhnten stimmen, eher für besondere Abteilungen an den Arbeitskammern für Handlungsgelöhnten, für technische Angestellte, für Hausgewerbetreibende. Wir verlangen auch die Einbeziehung der Arbeiter der Heeresverwaltung, und mit aller Entscheidung auch der Verkehrsarbeiter, denen man bei jeder Gelegenheit das Koalitionsrecht bestreift. Gleichfalls verlangen wir die Einbeziehung der anderen Arbeiter, die von der Gewerbeordnung ausgeschlossen sind, des Gefängnis- und der zur Schiffahrt gehörenden. Die Altersgrenze der Wählbarkeit betreffend, treue ich mich, daß Herr Voithoff sich für die Herabsetzung ausgesprochen hat.

Wir werden mitarbeiten, um in der Kommission ein Gesetz zu schaffen, das den Arbeitern eine wirksame Vertretung gibt. Wird das nicht erreicht, so werden wir unsere Zustimmung verweigern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Abgeordnete Dr. Metzgerberg (Zentrum) verstorben ist. Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Zweite Beratung des Luftjagts.

Peters vor Gericht.

Am dritten Verhandlungstage wurde als erster Zeuge Oberleutnant v. Pechmann vernommen, der seinerzeit am Militärmandscharen gemeinsam mit Peters und dessen Privatsekretär Zahne das Todesurteil gegen den schwarzen Diener Mabrak fällte. Er bestritt, daß die Hinrichtung der Jagoba und des Mabrak in irgend welchem Zusammenhang miteinander gestanden hätten. Auf die Einzelheiten der damaligen Vorgänge, kann sich der Zeuge nicht mehr erinnern. Besonders bemerkenswert für das Regiment der weißen Kulturträger am Klimantichago zur Zeit der Petersexpedition ist die Äußerung von Pechmann, daß die Prügelstrafe bei der Schütztruppe so häufig war, wie das tägliche Brot!

Aus dem Protokoll über die kommissarische Vernehmung des früheren Leutnants der Schütztruppe Bronsart von Schellendorf ist hervorzuheben die Befundung des Zeugen, daß er, nachdem Mabrak den Zigarettendiebstahl in der Gasse des Peters verübt hatte, sich entschieden gegen die Todesstrafe ausgesprochen habe. Bronsart v. Schellendorf erklärte: Ich ging an Dr. Peters und trug ihm in bescheidener Weise meine Gedanken gegen die etwaige Hinrichtung vor. Ich sagte: Ich bin Ihnen gegenüber noch jung, ich bitte Sie aber zu bedenken, daß es beim Bekantwerden einen großen Skandal geben wird. Ich wies darauf hin, daß die Tat doch in keinem Verhältnis zu der beabsichtigten Strafe steht. Da es sich um einen Diener aus einem ganz fremden Volkstamm handelte, so stand er mit der politischen Lage in durchaus keinem Zusammenhang. Ich sagte zu Dr. Peters, er solle sich damit begnügen, Mabrak an die Stelle zu legen. Dr. Peters nahm meine Vorstellungen freundlich auf. Er sah aber den Fall deshalb so schwer an, weil der Einbruch bei ihm, als dem höchsten Beamten, passiert war, dazu mit der Waffe in der Hand. Auch sah er es offenbar als eine besondere Frechheit an, daß der Diener sich an seinen Weibern zu vergreifen versucht hatte, nicht etwa aus Eifersucht nach europäischen Begriffen, sondern weil